Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: **Genehmigung der Erhöhung der monatlichen
Dienstleistungspauschale für die Wohnungen der Betreuten
Wohnanlage, Frischlinstraße 30 in Tübingen**

Bezug:

Anlagen: 0

Beschlussantrag:

Der Aufsichtsrat der Altenhilfe Tübingen gGmbH hat die Erhöhung der monatlichen Dienstleistungspauschale für die Wohnungen der Betreuten Wohnanlage in der Frischlinstraße 30, Tübingen zum 01.01.2020 wie folgt am 14.05.2019 beschlossen:

Zweizimmerwohnungen:	von bisher 94,50 Euro	auf 99,70 Euro
Dreizimmerwohnungen:	von bisher 105,30 Euro	auf 114,00 Euro

Die Universitätsstadt Tübingen stimmt dieser Erhöhung zu.

Ziel:

Die Universitätsstadt Tübingen genehmigt die vom Aufsichtsrat beschlossene Erhöhung der monatlichen Dienstleistungspauschale für die Wohnungen in der Betreuten Wohnanlage, Frischlinstraße 30, Tübingen zum 01.01.2020.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Zwischen der Eigentümergemeinschaft Frischlinstraße 30 und der Altenhilfe Tübingen gGmbH (AHT) wurde ein Dienstleistungsvertrag für Leistungen im Rahmen des Betreuten Wohnens abgeschlossen. § 6 dieses Vertrages berechtigt die Altenhilfe Tübingen anhand einer Kostenkalkulation ermittelte Leistungsentgelte für die angebotenen Dienstleistungen zu verlangen und diese im Lauf der Betriebsführung entsprechend anzupassen. Die Erhöhung der Leistungsentgelte unterliegt dem Genehmigungsvorbehalt der Universitätsstadt Tübingen. Die Genehmigung der Stadt wird vom Gemeinderat erteilt.

2. Sachstand

Die AHT übernimmt seit 2002 für die Eigentümer / Mieter der Betreuten Wohnanlage in der Frischlinstraße 30 in Tübingen die Dienstleistung für Hausnotruf, Beratungen, Erstgespräche beim Einzug und die Organisation der Teilnahme bei Veranstaltungen im Pauline-Krone-Heim. Für diese Tätigkeiten ist eine Mitarbeiterin mit 15 % ihres Beschäftigungsumfangs abgestellt. Im Notfall werden die Bewohner der Betreuten Wohnanlage von einer Pflegefachkraft versorgt. Für diese Dienstleistungen wurde erstmalig im Dienstleistungsvertrag vom 21.06.2003 eine Dienstleistungspauschale in Höhe von 87 Euro monatlich für eine zwei Zimmerwohnung bzw. 97 Euro monatlich für eine Dreizimmerwohnung festgelegt. Diese Pauschale wurde danach erstmals zum 01.01.2017 auf 94,50 Euro bzw. 105,30 Euro für eine Zwei- bzw. Dreizimmerwohnung monatlich erhöht.

Der im Jahr 2018 für Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes mit einer Laufzeit bis 31.08.2020 abgeschlossene Tarifabschluss sieht eine Tarifsteigerung in Höhe von durchschnittlich 7,5 % vor. Nachdem der Jahresabschluss 2018 für die Kostenstelle Betreutes Wohnen Standort Frischlinstraße 30 einen Verlust in Höhe von 10.230 € aufgezeigt hat, wurde eine neue Kostenkalkulation notwendig. Die Geschäftsführerin hat die derzeit geltenden Preise mit den Tarifsteigerungen der Gehälter nach TVÖD der Jahre 2018 bis 2020 hochgerechnet und schlägt die oben genannten Beträge ab 01.01.2020 vor, damit die gestiegenen Kosten teilweise refinanziert werden können.

Eine vollumfängliche Refinanzierung würde die Preise auf 103,80 € (2-Zimmerwohnung) und 118,60 € (3-Zimmerwohnung) steigen lassen. Unter Berücksichtigung der vergleichbaren Angebote in Tübingen wurde darauf verzichtet eine vollumfängliche Refinanzierung anzustreben. Die vorgeschlagene Preiserhöhung umfasst für die 2-Zimmer-Wohnung nicht die vollen 7,5 % Tarifsteigerung, sondern fällt mit 5,5% moderater aus. Für eine 3-Zimmerwohnung erhöht sich der Preis um 8,3 %.

Laut Vertrag mit der Eigentümergemeinschaft Frischlinstraße 30 unterliegen die Preiserhöhungen dem Genehmigungsvorbehalt der Universitätsstadt Tübingen und kann erst dann vorgenommen werden, wenn die Genehmigung der Stadt vorliegt und sie der Eigentümergemeinschaft 10 Wochen vor dem geplanten Umsetzungstermin angezeigt wurde.

3. Vorschlag der Verwaltung

Es wird vorgeschlagen die Erhöhung der Dienstleistungspauschale zu genehmigen.

4. Lösungsvarianten

Die Universitätsstadt Tübingen könnte die Genehmigung nicht erteilen und

- a. die Erhebung einer kostendeckenden Pauschale verlangen; in diesem Fall wäre die Preisanpassung sehr hoch und die Dienstleistungen der AHT im Vergleich mit anderen Anbietern teurer.
- b. auf die Erhöhung der Dienstleistungspauschale verzichten; in diesem Fall würde sich der Deckungsbeitrag nicht erhöhen und die erfolgten Tarifsteigerungen könnten deshalb auch nicht zumindest teilweise refinanziert werden.

5. Finanzielle Auswirkungen

Auf den städtischen Haushalt ergeben sich keine direkten Auswirkungen. Allerdings werden sich die Jahresergebnisse der AHT durch die Erhöhung der Dienstleistungspauschalen entsprechend verbessern.